
Presseinformation Nr. 1232

29. November 2005

BAHR:
Ärzteproteste ernst nehmen

BERLIN. Zu den Protesten der Klinikärzte sowie der niedergelassenen Ärzte erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Daniel BAHR:

Der Frust der Ärzte ist enorm. Wenn die Politik den Frust nicht ernst nimmt, wird es bald zu spät sein, einen bedrohlichen Ärztemangel noch abzuwenden. Der Verweis auf angeblich so gut verdienende Ärzte zieht nicht mehr. Die Ärzte suchen sich immer mehr andere Arbeitsmöglichkeiten – im Ausland wie im Inland. Es gibt nämlich für die Ärzte attraktivere Alternativen. Eine Tätigkeit bei einem Verband, einem Unternehmen oder eine Beschäftigung im Ausland mit gutem Gehalt und geregelten Arbeitszeiten bei flachen Hierarchien lockt viele Mediziner mehr als die Treitmühle deutscher Kliniken mit unbezahlten Überstunden und einem Wust an Schreiarbeit anstelle einer intensiven Patientenbetreuung. Der Gang in die Niederlassung ist geprägt durch die Ungewissheit, ob die getätigten Investitionen jemals wieder tilgbar sind und die Notwendigkeit, jeden einzelnen Schritt detailliert zu dokumentieren und gegenüber den Krankenkassen zu belegen. Auch die niedergelassenen Ärzte sind mehr und mehr eingeengt durch Vorgaben aller Art. Es ist nicht verwunderlich, wenn junge Ärzte sich vor diesem Hintergrund für etwas anderes entscheiden.

Noch gibt es die Probleme bei der Nachbesetzung von Stellen oder Praxen, bevorzugt in Regionen, die für den ärztlichen Nachwuchs u. a. aufgrund geringer Verdienstmöglichkeiten eher unattraktiv sind. Diese Entwicklung darf nicht zum Flächenbrand werden. Das bedeutet: das Arbeitszeitgesetz muss in den Kliniken ab 1.1.2006 zur Anwendung kommen und nicht erst ein Jahr später. Die Große Koalition hat hier das falsche Signal gesetzt und damit den Frust bei Ärzten noch gesteigert. Die neue Bundesregierung setzt sich einfach über die europäische Vorgabe hinweg. Die Kliniken haben lange genug Zeit gehabt, sich auf die Vorgaben einzurichten. Ein großer Teil der Krankenhäuser hat dies auch getan. Wir dürfen die anderen nicht aus ihrer Pflicht entlassen.

Verantwortlich:
ISABELLA PFAFF

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de

Wir müssen zudem eine Debatte darüber führen, was uns die Arbeit unserer Ärzte wert ist. Das Berufsbild Arzt muss gerade für den Nachwuchs attraktiv bleiben. Die Bezahlung muss stimmen, auch im Vergleich zum Ausland und zu anderen Branchen. Vorgaben müssen auf das notwendige Minimum beschränkt werden. Das gleiche gilt für Dokumentations- und Begründungspflichten.

Isabella Pfaff
Telefon: (030) 227-52378
pressestelle@fdp-bundestag.de